



Der Info-Brief des SPD-Landtagsabgeordneten **Georg Nelius**

*Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie!
Liebe Leserinnen und Leser!*

Ich freue mich, dass bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag mit Dr. Dorothee Schlegel nach 11 Jahren wieder eine Abgeordnete der SPD für den Wahlkreis 276 Odenwald-Tauber in den Bundestag einzieht.

Zu diesem Erfolg beglückwünsche ich sie sehr herzlich. Ich gratuliere ihr zu dem Vertrauensbeweis und wünsche alles erdenklich Gute.

Für die Ausübung dieses verantwortungsvollen Amtes wünsche ich viel Mut, Kraft und Zuversicht. Sicher werden nun die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Wahlkreises noch erfolgreicher vertreten werden.



Ortsumgehungen Neckarburken und Hardheim einen wichtigen Schritt weiter

Die Anmeldeleiste der Landesregierung für den Bundesverkehrswegeplan ist aus Sicht des SPD-Landtagsabgeordneten Georg Nelius das Ergebnis eines landesweit zugrunde gelegten fachlichen Konzeptes mit einem sehr breiten Beteiligungsprozess. Dazu zählten vier Regionalkonferenzen, die es so bei früheren Anmeldungen Baden-Württembergs für den Bundesverkehrswegeplan nicht gegeben hat.

„Mit der Anmeldung stärkt das Land die hoch belasteten transeuropäischen Autobahn-Achsen genauso, wie auch alle anderen hochbelastete Strecken im Land“, betont Nelius. Mit der Berücksichtigung von Verbindungsachsen - unabhängig von den reinen Verkehrszahlen - stärke die grün-rote Landesregierung die Infrastruktur im Ländlichen Raum, so z.B. die Ortsumfahrungen Neckarburken und Hardheim.

„Durch diese Ortsumfahrungen mit entsprechenden

Entlastungswirkungen werden gerade auch im Ländlichen Raum Menschen vom Durchgangsverkehr entlastet und die Wirtschaft gestärkt. Es freut mich, dass die Ortsumgehungen Hardheim als Ergebnis einer Anhörung wegen des Verkehrszuwachses neu aufgenommen wurde. Dadurch verringern sich Unfallgefahren, Lärm, schlechte Luft und Staus“, so Nelius.

Angemeldet werden von Baden-Württemberg beim Bund rund 160 Maßnahmen mit einem voraussichtlichen Finanzvolumen von gut 11 Mrd. Euro. Das stellt nach Ansicht der SPD den realistischen Bedarf dar. Die SPD fordert nun den Bund auf, die finanzielle Mittelbereitstellung für den Bundesfernstraßenbau in Baden-Württemberg bedarfsgerecht zu erhöhen, da hier die Belastung auf den Straßen seit Jahren größer ist als anderswo in Deutschland.

Im Rahmen der Erstellung der Maßnahmenliste sei au-



Örtlicher Durchgangsverkehr: Eine Last für Bewohner, Verkehr und Umwelt

ßerdem genau geprüft worden, ob nicht Alternativen zum jeweiligen Aus- und Neubau in Frage kommen, etwa ein drei- statt ein vierstreifiger Ausbau oder die Freigabe von Seitenstreifen. Auch das Verlagerungspotential zur Schiene und zu Wasserstraßen bleibe nicht unberücksichtigt.

Das Verkehrsministerium werde nun in einem nächsten Schritt die gemeldeten Maßnahmen ordnen, um gegenüber dem Bund die Schwerpunkte aus Sicht des Landes zu definieren. „Das Letztentscheidungsrecht, welche Straße wann gebaut wird, liegt jedoch allein beim Bund“, betonte Georg Nelius (SPD).

Das historische Erbe in unserer Heimat ist wichtig



Notburga-Kirche in Hochhausen

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft stellt im Rahmen der ersten Tranche des diesjährigen Landesdenkmalschutz-Programms auch Gelder für die Sicherung der Brücke in Adelsheim-Sennfeld sowie die Altarrenovierung und Instandsetzung der Wandmalereien in der Notburgakirche von Haßmersheim zur Verfügung. SPD-Landtagsabgeordneter Nelius freut sich über die Entscheidung des sozialdemokratisch geführten Minis-

teriums: „Das ist ein guter Tag für Sennfeld und Haßmersheim. Die intensive Arbeit vieler auch ehrenamtlicher tätiger Bürgerinnen und Bürger hat sich damit gelohnt. Auf diesen Erfolg können wir alle gemeinsam stolz sein.“

Landesweit investiert die rot-grüne Landesregierung jetzt rd. vier Mio. Euro in den Erhalt, die Sanierung oder die Nutzung von 121 Kulturdenkmälern in Baden-Württemberg. Davon fließen 22.500€ nach Sennfeld und weitere 21.150€ nach Haßmersheim. Die Mittel stammen aus den Erlösen der staatlichen Toto-Lotto GmbH und werden vor allem in kirchliche aber auch kommunale Gebäude investiert.

Für Georg Nelius ist die Denkmalpflege nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Identität und Gemeinschaft im Ländlichen Raum. Es geht ihm auch um eine Stärkung des örtlichen Handwerks, das von neuen Aufträgen profitieren kann, um Arbeits- und Ausbildungsplätze auch in Zukunft anbieten zu können. „Die Mittel der Denkmalförderung lösen durchschnittlich das 8-fache Investitionsvolumen aus und sind somit auch ein wichtiger Beitrag zur Förderung des Handwerks.“ betont Nelius.

Aktuelle Bildungspolitik kritisch begleiten

Georg Nelius MdL hatte zum Dialog über die aktuelle Bildungspolitik geladen und zahlreiche Interessierte kamen ins Mosbacher Wahlkreisbüro. Als weiteren Dialogpartner konnte Nelius den Bildungsexperten, Gerhard Kleinböck MdL (SPD), Schulleiter einer Berufsschule, gewinnen.

In der Einführung betonte Nelius die Erfolge der Landesregierung auf dem Bereich der Bildung: An der Bildung sei kein Cent gespart, sondern es seien 830 Millionen € mehr als bei der Vorgängerregierung bereitgestellt worden. 40 Anträge für Gemeinschaftsschulen seien ab dem Schuljahr 2012/13 bewilligt worden – 2 davon im Neckar-Odenwald-Kreis. Der Weg zum Abitur in zwei Geschwindigkeiten wurde an bisher 44 Standorten ermöglicht, hier in Buchen und Mosbach. Die Studiengebühr sei weggefallen. Alle 3.300 durch Schülerrückgang frei werdenden Stellen blieben im System. Bei allen Pädagogischen Assistenten seien die befristeten Arbeitsverträge in unbefristete umgewandelt worden. Es gäbe 50 neue Eingangsklassen an beruflichen Gymnasien zum Schuljahr 2012/13. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflicht würde von Päd-



SPD-MdLs Georg Nelius und Gerhard Kleinböck im Dialog

agogen und Eltern begrüßt.

In der Diskussion betonte Nelius: „Ich bin froh, dass die ideologisch geprägten Verhinderungsdebatten zur Gemeinschaftsschule ein Ende haben, denn das Konzept der Gemeinschaftsschule hat in der Praxis überzeugt.“ Er sehe weiterhin den Schwerpunkt bei der Ausrichtung der Gemeinschaftsschulen bei den Klassen 5 bis 10. Gerhard Kleinböck MdL aus Ladenburg setzte sich auch

für eine Stärkung der Beruflichen Schulen ein: „Mit 316 Beruflichen Schulen hat Baden-Württemberg eine sehr bunte Berufsschul-Landschaft, die durch besondere regionale Prägungen gekennzeichnet ist. Um dem Rechnung zu tragen, erscheint es sinnvoll, den Schulleiterinnen und Schulleitern deutlich mehr Freiheiten in der Unterrichtsgestaltung und Klassenteilung einzuräumen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Beruflichen Schulen bald eine Teilrechtsfähigkeit erhalten werden, so wie im Koalitionsvertrag verankert.“ Zudem plädierte er für den Wegfall der Differenzierung zwischen pädagogischen und theoretischen Lehrkräften. Unverzichtbar sei es zudem, auch die Beruflichen Schulen an der regionalen Schulentwicklungsplanung zu beteiligen. Beide Bildungspolitiker begrüßten, dass durch eine Kürzung des Allgemeinen Entlastungskontingents um 14 % rund 230 Deputate der Unterrichtsversorgung zugeführt würden. Die beabsichtigten Kürzungen bei den Anrechnungstunden dienten nicht dazu, Stellen zu streichen, sondern diese Lehrkräfte verstärkt im Unterricht einzusetzen und damit die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Doch es dürfe dadurch auf keinen Fall dazu kommen, dass durch Besonderheiten beispielsweise an Berufsschulen, die Kürzungen so gravierend ausfielen, dass Organisation, Betriebssicherheit und Datenschutz darunter leiden könnten.

Den Vorstoß von Kultusminister Andreas Stoch MdL Lehrkräfte in den Ferien Berufspraktika ableisten zu lassen, sehen Nelius und Kleinböck kritischen. Grundsätzlich begrüßten sie zwar eine intensive und frühe Berufsorientierung von Lehrern und Schülern. Aus deren Sicht wäre es aber effektiver, die Berufsnähe an Schulen dadurch zu fördern, dass in der Lehrerbildung ein „Praxissemester“ eingeführt und der Berufsfundung im Lehrplan ein größeres Gewicht gegeben würde. So könnten Pädagogen in Kenntnis der Stärken und Schwächen ihrer Schülerinnen und Schüler sowie mit Kenntnis der aktuellen Berufsbilder wirkungsvoll bei der Berufswahl beraten.

„Ich freue mich, dass hier zwei Persönlichkeiten aus der Praxis einmal Klartext geredet haben und ich gehe davon aus, dass deren realistische Vorstellungen in den Regierungspräsidien und Ministerien noch mehr Gehör finden, damit Baden-Württembergs Bildungspolitik wieder Spitze wird“, so ein Pädagoge aus der Dialogrunde am Ende.

Mehr Tageseltern stärken Bindung an Ländlichen Raum

Die Kindertagespflege soll im Rahmen der frühkindlichen Bildung und Betreuung neben den Kindertagesstätten zu einem gleichwertigen, qualitativ anspruchsvollen und für die Eltern attraktiven Standbein ausgebaut werden. Das ist der Kern eines gemeinsamen Vorschlags der SPD-Landtagsfraktion und des Landesverbandes der Tageseltern. „Wir wollen im Rahmen des beschlossenen Ausbaus der frühkindlichen Bildung und Betreuung auch das Angebot an Tageseltern stärken“, sagt SPD-Landtagsabgeordneter Georg Nelius bei einem Informationsaustausch mit Frau Michaela Neff vom Tageselternverein NOK e.V. . Viele Eltern bevorzugten die Flexibilität der Tageseltern, müssten dafür aber vielerorts höhere Beiträge bezahlen. „Mit einer Angleichung der Elternbeiträge wollen wir echte Wahlfreiheit schaffen“, betont MdL Georg Nelius.



Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Bildung und Betreuung ab 1. August 2013 müsse sowohl das Angebot bei den Tageseinrichtungen als auch in der Tagespflege gesteigert werden. Während im Bereich der Tageseinrichtungen bereits zahlreiche Aktivitäten liefen, bestehe in der Tagespflege noch erheblicher Nachholbedarf. Zu finanziellen Verbesserungen habe aber auch hier der 2011 zwischen Land und Kommunen geschlossene „Pakt für Familien mit Kindern“ geführt. Die Zuweisungen an die Stadt- und Landkreise nach dem Finanzausgleichgesetz (§ 29c FAG) stiegen demnach von 12,1 Mio. Euro in 2011 auf 40,1 Mio. Euro in 2012 und auf nunmehr 43,7 Mio. Euro in 2013. Das entspricht seit 2011 einem Zuwachs der Mittel von mehr als 350%.

Um den positiven Trend noch mehr anzukurbeln, dringt die SPD-Landtagsfraktion darauf, dass Eltern künftig

in allen 44 Stadt- und Landkreisen für Tageseltern die gleichen Beiträge zu zahlen haben wie für Kindertagesstätten. Fraktionschef Schmiedel mahnte dafür ein landesweit abgestimmtes Konzept an.

Der Landesverband der Tageseltern-Vereine stellte sich hinter die Initiative der SPD-Landtagsfraktion für eine Angleichung der Elternbeiträge für die Betreuung in Kindertagesstätten oder durch Tageseltern. „Damit trägt man dem gesetzlich garantierten Wunsch- und Wahlrecht der Eltern tatsächlich Rechnung. Je jünger die Kinder, um so mehr wird die Betreuung durch Tageseltern von den Eltern bevorzugt“, sagte Christina Metke, Vorsitzende des Landesverbandes der Tageseltern-Vereine.

In der Kindertagespflege könnten nach Ansicht Metkes relativ kurzfristig mehr Plätze geschaffen werden, wenn



sich die finanziellen und bürokratischen Rahmenbedingungen für Tageseltern verbesserten. Dazu gehöre insbesondere ein verlässliches und planbares Einkommen, auch wenn einmal wegen Krankheit oder ähnlichem ein Platz nicht besetzt sei. „Die Arbeit der Tageseltern wird überdies durch eine sehr hohe Bürokratie belastet. Wir wissen, dass viele auch deshalb ihre Tätigkeit einstellen oder die Qualifizierung abbrechen“, unterstrich Metke. Georg Nelius betone am Ende nochmals, dass es von großer Wichtigkeit sei, den Kinderschutz in ganz Baden-Württemberg durch die Beratung, Begleitung und Vermittlung der Tageseltern durch pädagogische Fachkräfte zu gewährleisten. Dazu müssten noch in vielen Stadt- und Landkreisen die Strukturen besser ausgebaut und auch landesweite Standards festgelegt werden.

Besuch der Zentralgewerbeschule Buchen: Mehr Gestaltungsfreiheit für die Beruflichen Schulen!

Auf Einladung von OstD Konrad Trabold, Schulleiter der Zentralgewerbeschule Buchen, besuchten die SPD-Landtagsabgeordneten Georg Nelius und Gerhard Kleinböck seine Bildungseinrichtung. Schon beim Rundgang, zusammen mit allen Leiterinnen und Leitern der Beruflichen Schulen aus dem Neckar-Odenwald-Kreis, wurde eine Besonderheit solcher Einrichtungen im Ländlich Raum deutlich: wenige Parallelklassen und damit die Notwendigkeit für ein weitgefächertes Unterrichtsangebot und viele individuelle, höchst spezialisierte Unterrichtsräume. Im Hinblick auf den umfangreichen Maschinenpark und die eng vernetzte IT-Ausstattung wurde vor Ort bereits darauf hingewiesen, dass man in der Kürzung von Entlastungstunden ein Risiko für die Betriebssicherheit und den Datenschutz sehe.



Georg Nelius MdL (SPD) und Gerhard Kleinböck MdL (SPD) bei der ZGB (Zentralgewerbeschule Buchen)

In der Diskussionsrunde arbeitete Georg Nelius die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die aktuelle Bildungspolitik heraus: „Wir müssen die Schulden der Vorgängerregierung tilgen. Dabei gilt es, ein strukturelles Defizit zu beseitigen. Es wurden keine Rückstellungen für die Beamtenpension gebildet. Die Schülerzahlen werden in naher Zukunft dramatisch zurückgehen, allein in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 um 190.000.“ Weiter betonte er: „An der Bildung wurde und wird nicht gespart. Im Gegenteil: Es wurden 830 Mio. € mehr investiert, als die Vorregierung es tat.“ Gerhard Kleinböck, MdL und Leiter einer kaufmännischen Berufsschule in Hessen, brachte seine Erfahrungen ein. Es erscheine ihm sinnvoll, auch in Ba-

den-Württemberg die Klassenbildung und konkrete Stundenplangestaltung in die Hand der Schulleiter zu geben. In Baden-Württemberg gäbe es 316 Berufliche Schulen und keine davon sei gleich. „Ich kann nicht goutieren, dass bei der heterogenen Struktur alle Beruflichen Schulen unter einem einheitlichen Schema zusammengefasst werden. Ich bin definitiv dafür, den Schulen mehr Verantwortung und Gestaltungsräume zu geben, weil dort das Wissen um die Besonderheit ausschlaggebend ist.“ so Kleinböck. „Die Kompetenz und Kreativität an den Schulen ist in meinen Augen deutlich höher, als man in den Regierungspräsidien und im Ministerium denkt.“

Nelius teilte die Sorge über die aktuelle Regelung des Entlastungskontingents. Es sei nicht hinnehmbar, dass durch die spezifische Situation Beruflicher Schulen



deutliche Einschnitte entstünden. Unverzichtbar sei es zudem, auch die Beruflichen Schulen an der regionalen Schulentwicklungsplanung zu beteiligen.

„Unser Bildungssystem muss leistungsfähiger werden. Wir haben hohe Erwartungen nicht nur von Handwerk, Industrie und Universitäten, sondern auch von Eltern, zu erfüllen. Es ist eine Aufgabe für alle, denn es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Jetzt, durch den sich abzeichnenden vehementen Fachkräftemangel, richtet sich der Fokus auch wieder stärker auf die berufliche Ausbildung und damit auch auf das duale System. Ich werde mich auch weiterhin für unsere beruflichen Schulen tatkräftig einsetzen.“ so bringt es Georg Nelius MdL auf den Punkt.

Planungen zur Frankenbahn werden konkreter

„Der sinnvolle und rasche Ausbau der Frankenbahn ist mir wichtig,“ so Georg Nelius MdL (SPD). Deshalb hat er sich im Rahmen einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung den aktuellen Sachstand darstellen lassen.

Die heutigen RE-Züge zwischen Würzburg und Stuttgart sollen künftig als IRE-Züge mit einem täglich ganztägigen Stundetakt verkehren. Derzeit wird geprüft, die RE-Züge bis zur Inbetriebnahme von Stuttgart 21



alle zwei Stunden nach Lindau über Göppingen/ Ulm/ Friedrichshafen durchzubinden. Nach Inbetriebnahme von Stuttgart 21 soll diese Linie über Stuttgart Flughafen/ Messe nach Ulm geführt werden. Die heutigen RB-Züge zwischen Würzburg und Lauda sollen von Montag bis Freitag stündlich und am Wochenende im Zwei-Stunden-Takt verkehren.

Veranstaltungshinweise

Bildungspolitik im NOK - Entwicklungspotentiale im Dialog

Auf Einladung von Georg Nelius MdL besucht der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Dr. Stefan Fulst-Blei MdL am 29. 11.2013 den Neckar-Odenwald-Kreis.

Neben zahlreichen Vor-Ort-Terminen bei Bildungseinrichtungen werden die Parlamentarier auch bei einer Abendveranstaltung den Dialog suchen, um Impulse zur Weiterentwicklung der Bildungspolitik zu erhalten. Die genauen Daten zu den einzelnen Veranstaltungen werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Bei den Regionalexpress-Zügen ist vorgesehen, dass diese grundsätzlich mit Zugbegleitern verkehren. Bei den RB-Zügen wird derzeit über eine teilweise Begleitung nachgedacht.

Maßnahmen zur partiellen Geschwindigkeitserhöhung sollen sukzessive bis zum Jahr 2018 realisiert werden.

Die Neuvergabe der Verkehrsleistungen auf der Frankenbahn soll noch 2.Halbjahr erfolgen, mit einer Inbetriebnahme im Juni/ Dezember 2017.

Im Rahmen der Ausschreibung sollen die genannten Strecken mit elektrischen Neufahrzeugen betrieben werden. Bei den RE-Zügen obliegt es der Entscheidung des Bieters, ob Triebzüge oder lokbespannte Züge zum Einsatz kommen.

Bei den RB-Zügen führt die bauliche Situation der RB-Haltestellen an der Frankenbahn mit kurzen Bahnsteigen dazu, dass die Züge in Heilbronn verlängert bzw. gekürzt werden müssen, was nur mit Triebzügen möglich ist.

Die Finanzierung der Maßnahmen bezüglich der Strecke und des rollenden Materials erfolgt zum Teil im Rahmen der Leistungs- und Finanzvereinbarung zwischen Bund und Deutsche Bahn. Die Maßnahmen an den Stationen sollen überwiegend durch die Region und das Land finanziert werden.

„Ich erwarte, dass diese Vorhaben in der geplanten Art und Weise umgesetzt werden. Auch weiterhin werde ich mich tatkräftig dafür einsetzen, dass durch eine gute Infrastruktur unser Ländlicher Raum gestärkt wirkt,“ betont SPD-Landtagsabgeordneter Nelius.

Exkursion zur „Zuckerfabrik“ in Offenau

Am 28. Oktober 2013, ab ca. 10:00 Uhr bietet Georg Nelius MdL allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit mit ihm die „Zuckerfabrik“ in Offenau zu besuchen.

Interessierte können sich im SPD-Bürgerbüro, Badgasse 7, Telefon 06261-914917, täglich von 8:00 bis 12:00 Uhr anmelden und nähere Informationen einholen.

Impressum

Wahlkreisbüro MdL Nelius
Badgasse 7, 74821 Mosbach

Gestaltung/ Bilder:
Nelius/ Weidlich

